

Artikel vom 13.07.2012 - 13.28 Uhr

Stress zwischen »Abgeordnetenwatch« und Rüdiger Veit

Gießen (mö). Ist der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Veit bürgerfern geworden? Diesen Eindruck konnte man beim Lesen einer Pressemitteilung des Onlineportals »abgeordnetenwatch.de« gewinnen. Die gemeinnützige Institution, über die Bürger ihre Abgeordneten befragen können, stellt den Politikern Mitgliedern des Bundestags regelmäßig »Zeugnisse« aus.



Bis zur Bundestagswahl 2009 wirkte Rüdiger Veit bei Abgeordnetenwatch noch mit, ab dem Wahlkampf dann nicht mehr. Sein Kandidatenbild (o.) wurde geschwärzt.

Dabei wurde die Leistung des Sozialdemokraten mit »ungenügend« bewertet, da Veit keine einzige der an ihn gerichteten Fragen beantwortet habe. Mit Faulheit indes habe das nichts zu tun, betont der frühere Gießener Landrat. Er antwortete über Abgeordnetenwatch aus Prinzip nicht mehr, erklärte Veit auf Anfrage und wirft dem Onlineportal eine »Art von Nötigung« vor.

Zum Bruch zwischen Veit und den Abgeordnetenwächtern kam es offenbar im Vorfeld der letzten Bundestagswahl, denn in den beiden vorherigen Wahlperioden hatte der Jurist die über Abgeordnetenwatch gestellten Bürgerfragen größtenteils noch beantwortet. Dann aber, so Veit, sei er aufgefordert worden, sich an einer »angemessenen Präsentation« in dem Portal finanziell zu beteiligen. Andernfalls werde sei Bild bei Abgeordnetenwatch geschwärzt – was dann auch geschah. Seitdem lasse er Besucher seiner persönlichen Homepage über die Zusammenarbeit mit Abgeordnetenwatch wissen: »Dieser Art von Nötigung will ich aus prinzipiellen Gründen nicht nachgeben.«

Gregor Hackmack, Pressesprecher von Abgeordnetenwatch, bestätigte auf Anfrage, dass die Abgeordneten vor Bundestagswahlen in der Tat gebeten worden waren, sich an der Erstellung von Kandidatenprofilen finanziell zu beteiligen. Dazu müsse man wissen, dass Abgeordnetenwatch gemeinnützig sei und sich ausschließlich durch Spenden finanziere. Gerade vor einer Bundestagswahl steige der Aufwand zur Unterhaltung des Portals immens. »Es sind dann um die 2000 Kandidaten, über die recherchiert werden muss«, sagte Hackmack. Andere Kandidaten und Abgeordnete hätten die verlangten 200 Euro anstandslos bezahlt, darunter auch Veits CDU-Mitbewerber Helge Braun, der von Abgeordnetenwatch aktuell mit »sehr gut« benotet worden war. Überhaupt verweigerten nur zehn Prozent aller befragten Politiker diese Form des Bürgerdialogs.

Hackmack vermutet, dass Veit Abgeordnetenwatch für den Verlust seines Direktmandats bei der Wahl 2009 mitverantwortlich macht und deshalb nicht mehr antwortet. Für den SPD-Bewerber im Gießener Wahlkreis könnte das mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr zum Problem werden, denn das »Interesse an ihm sinkt erkennbar«, meint Hackmack. So habe der Abgeordnete Tom Koenigs (Grüne) aus dem Wahlkreis Gießen zuletzt 31 Bürgerfragen erhalten, Veit nur noch fünf, die er allesamt mit einer Standardantwort beschieden habe. Das nennt der Abgeordnetenwatch-Sprecher »Verweigerung des Bürgerdialogs«.



Das Profil ohne Profilbild.

Veit indes sieht die Kommunikation über Abgeordnetenwatch offenbar als verzichtbar an. »Mich erreichen über meine drei Büros im Wahlkreis und in Berlin per Post, per Mail, Fax und per Telefon nun tatsächlich jährlich hunderte von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die naturgemäß unterschiedlichstes betreffen und die wir versuchen – zum Teil mit erheblichem Zeiteinsatz – zeitnah und sachgerecht zu beantworten«, ließ er die GAZ wissen.

Die letzte Bürgeranfrage über Abgeordnetenwatch an Veit stammt aus dem Mai 2010 und wurde von dem SPD-Mann standardisiert wie folgt beantwortet: »Die Internetplattform Abgeordnetenwatch möchte den Dialog zwischen Politikern und Bürgern verbessern. Das finde ich gut. Leider hat die Vergangenheit gezeigt, dass nicht nur ernst gemeinte Anfragen, sondern auch Propaganda und Agitation vielfach auf diesem Weg betrieben wurde. Auch möchte ich die Geschäftspolitik von Abgeordnetenwatch nicht durch meine Mitarbeit unterstützen.«

Etwas anders sieht das Veits Parteifreund Thorsten Schäfer-Gümbel. Der Fraktionschef der SPD im Landtag und Abgeordnete aus Lich steht aktuell bei 13 Fragen, wovon 11 beantwortet wurden. Sein Gießener SPD-Kollege Gerhard Merz hatte keine Bürgeranfragen über Abgeordnetenwatch erhalten, was bei etlichen MdLs der Fall ist.

© Wetterauer Zeitung 2012 - www.wetterauer-zeitung.de